

Zur Zukunft der Universitäten - Bundesminister Dr. Johannes Hahn diskutiert in Linz

Zahlreiche interessierte Lehrende und Studierende der Kunstuniversität Linz sowie der Johannes-Kepler-Universität folgten am Freitag, den 11. April 2008, der Einladung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung Johannes Hahn an die Uni Linz, um gemeinsam die Zukunft der Universitäten in Österreich zu diskutieren.

Der Bundesminister unterstrich sein Hauptanliegen, die Universitäten auf die Herausforderungen der Zukunft entsprechend vorzubereiten und die Rahmenbedingungen zu schaffen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Auf die erfreulicherweise immer größer werdende Zahl an Studierenden reagiert die öffentliche Hand mit steigenden Aufwendungen. Die studentische Mobilität soll in Zukunft noch massiver gefördert werden. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs müssen zeitgemäße Karrieremodelle geschaffen, und den Universitäten die entsprechenden Instrumente in die Hand gegeben werden, um die Balance zwischen der Notwendigkeit immer stärkerer interdisziplinärer und internationaler Kooperation auf der einen und dem internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe auf der anderen Seite Stand halten zu können.

Die Weiterentwicklung des europaweite vorbildlichen Universitätsgesetzes 2002 ist dafür ein wichtiger Schritt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der anschließenden Diskussion brachten sich mit vielen Anliegen ein. Zum einen wurden die Interessen des Standortes Oberösterreich betont, vor allem der Wunsch nach entsprechender Berücksichtigung in budgetären Fragen. Große Hoffnung setzt man dabei in das Ziel, das Gesamtbudget für den tertiären Sektor bis 2020 auf 2% des BIP zu erhöhen.

Neben Fragen des Kollektivvertrages und den Chancen für junge Forscher/innen wurde auch diskutiert, dass die Universitäten unterschiedliche Schwerpunkte und damit auch Notwendigkeiten sehen. Das zeigt sich beispielsweise in Linz auch an den unterschiedlichen Herausforderungen der Johannes-Kepler Universität einerseits und der Kunstuniversität andererseits. Hier beweisen sich einmal mehr die Vorzüge individueller Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Universitäten, wobei einerseits die Autonomie der Universitäten als wertvolles Instrument weiterentwickelt und andererseits die entsprechende Kultur Platz greifen muss.

Die Zusammensetzung und Aufgaben der universitären Gremien wurden ebenso diskutiert wie studentische Anliegen, beispielsweise Teilzeitstudien. Viele Fragen wurden aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen sehr kontroversiell diskutiert, dennoch war man sich einig, dass der Dialog zu universitätspolitischen Fragen unersetzlich ist und auch in Zukunft intensiv geführt werden müsse.

Bundesminister Johannes Hahn setzt diesen Dialog jetzt in den Universitätsstädten fort, um die vielen Anregungen aus dieser Uni-Tour auch in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Universitätsgesetzes einfließen zu lassen. Im Mai soll ein Gesetzesentwurf in Begutachtung gehen, der im Herbst der parlamentarischen Behandlung zugeführt und nach dem Beschluss ab 2009 gültig sein wird.